

NEWSLETTER

POLITIK AUF DEN PUNKT GEBRACHT.

Ausgabe vom 27. Januar 2023



Inhalt

Aktuelle Stunde zur
Leopard-Lieferung

Weiter Themen der
Sitzungswoche:
Änderung des
Wahlrechts

Rede im Plenum
zum Thema Wald

Terminrückschau
auf die IGW

Terminvorschau

CDU

Liebe Leserinnen und Leser,

am Mittwoch hat Bundeskanzler Olaf Scholz seine Entscheidung verkündet, Leopard 2 Panzer zur Unterstützung der Ukraine zu liefern. Wir als CDU/CSU-Fraktion sind der Auffassung, dass diese Entscheidung früher hätte erfolgen oder die Hintergründe für das erneute Zögern und Zaudern besser kommuniziert werden müssen.

Diese Sitzungswoche haben wir außerdem über eine Änderung des Bundeswahlrechts debattiert. Wir haben der Ampel einen Fünf-Punkte-Kompromiss vorgeschlagen. Entscheidend für uns als Union ist, dass die Bürger- bzw. Erststimme erhalten bleibt. Gleichzeitig wollen wir den Bundestag spürbar verkleinern. Grundsätzlich ist für uns ein Wahlrecht, in dem der direkt gewählte Kandidat aus dem Wahlkreis nicht im Bundestag vertreten ist, inakzeptabel.

In unserem Leitantrag der Woche zum US-Gesetz zur Inflationsbekämpfung fordern wir die Bundesregierung und die EU-Kommission dazu auf, sich in Washington, D.C. entschieden für eine Gleichbehandlung europäischer Unternehmen einzusetzen. Seit Monaten warten Wirtschaft und unsere europäischen Partner auf eine klare Position der Bundesregierung. Unser Ziel ist es, die Wettbewerbsfähigkeit Europas stärken.

Weiterhin bin ich auch diese Woche viel auf der Internationalen Grünen Woche unterwegs gewesen und habe im Plenum eine Rede zur Rolle des Waldes beim Klimaschutz gehalten. Im Folgenden berichte ich Ihnen mehr dazu.

Alles Gute und bleiben Sie gesund.

Ihr

Hermann Färber
Ihr Hermann Färber MdB

Leopard-Blockade der Bundesregierung beenden

Am Mittwoch hat der Bundeskanzler bekannt gegeben, dass Deutschland Leopard-Panzer vom Typ 2 an die Ukraine liefern wird. Eine solche Zusage hätten wir uns bereits nach dem Ramstein-Treffen oder dem Festakt zu 60 Jahren Élysée-Vertrag in Paris gewünscht.

Es liegt im direkten strategischen Interesse Deutschlands, dass die Ukraine sich gegen Russland behauptet. Sicherheit in Europa wird es auf absehbare Zeit nur geben können, wenn die politische und militärische Abwehr des russischen Großmachtstrebens gelingt. Daher muss nun der nächste Schritt zur Ertüchtigung der Ukraine erfolgen. Bei Lieferungen aus Bundeswehrbeständen muss in Rücksprache mit der Industrie eine lückenlose Nachbeschaffung sichergestellt werden. Mit seinem Zögern und Zaudern gefährdet der Bundeskanzler ein direktes strategisches Interesse Deutschland und vergrößert den außenpolitischen Reputationsschaden des letzten Jahres, weil die osteuropäischen und baltischen Alliierten an unserer Verlässlichkeit zweifeln. Die USA werden als „Feigenblatt“ für Eskalationsängste im Kanzleramt vorgeschoben. Das deutsch-französische Verhältnis befindet sich auf einem Tiefpunkt. Die Koalitionspartner streiten. All das führt zu einem Vertrauensverlust, den die Union so nicht akzeptieren kann.

Weitere Themen der Sitzungswoche: Änderung des Bundeswahlrechts: Bundestag verkleinern, Bürgerstimme stärken.



Bildquelle: Canva.

Die Ampel hat uns am 15. Januar 2023 „exklusiv und vertraulich“ einen Gesetzentwurf zur Wahlrechtsreform übersandt – und auch unmittelbar der Presse zugespielt. Diesen Gesetzentwurf hat die Ampelkoalition nun in den Bundestag eingebracht, und wir beraten ihn in dieser Woche in erster Lesung. Kern des Vorschlags der Ampel ist eine feste Begrenzung des Bundestages auf 598 Abgeordnete bei 299 Wahlkreisen. Die Sitzverteilung im Deutschen Bundestag orientiert sich dabei allein an den abgegebenen „Hauptstimmen“. Überhang- und Ausgleichsmandate werden abgeschafft. Wenn in einem Bundesland mehr Direktmandate anfallen als einer Partei nach dem Hauptstimmenergebnis zustehen, werden diese überhängenden Direktmandate „gekappt“. Manche Wahlkreise werden so ohne Abgeordneten in Berlin sein. Die Bürgerstimme wird also entwertet.



Weitere Themen der Sitzungswoche

Wir verhandeln auf verschiedenen Ebenen mit der Ampel über einen möglichen gemeinsamen Weg hin zu einer Wahlrechtsreform, welche die Bürgerstimme erhält und die Größe des Deutschen Bundestags spürbar reduziert. In unserem Antrag haben wir fünf Punkte für einen Kompromiss formuliert:

1. Die Anzahl der Wahlkreise wird auf 270 reduziert.
2. Die Regelgröße für Listenmandate wird auf 320 erhöht.
3. Die Anzahl der unausgeglichenen Überhangmandate wird auf die verfassungsrechtlich zulässige Anzahl erhöht.
4. Überhangmandate einer Partei in einem Bundesland werden wie bisher mit Listenmandaten der gleichen Partei in anderen Bundesländern verrechnet.
5. Bei der Verteilung der Sitze auf die Landeslisten werden nur die Parteien berücksichtigt, die mindestens 5 Prozent der im Wahlgebiet abgegebenen gültigen Zweitstimmen erhalten oder in mindestens fünf Wahlkreisen einen Sitz errungen haben.

Mit unseren Vorschlägen erhalten wir also den Wert der Bürger- bzw. Erststimme und gewährleisten, dass jeder Wahlkreis und damit jeder Bürger weiterhin einen Wahlkreisabgeordneten in Berlin hat. Gleichzeitig würde der Deutsche Bundestag dennoch deutlich verkleinert und auf rund 600 Mandate reduziert werden. Mit 270 Wahlkreisen und 320 Mandaten über die Listen der Parteien wäre der Bundestag nach unserem Vorschlag sogar noch unter der Zielgröße der Koalition. Aufgrund unserer Vorschläge würde auch die Zahl der Überhang- und Ausgleichsmandate nur so klein ausfallen, dass sie kaum ins Gewicht fallen. Dieses Wahlrecht wären wir bereit, in einem großen politischen Konsens schnell im Deutschen Bundestag zu beschließen.

Links

Link zur Debatte: <https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2023/kw04-de-wahlrechtsreform-930880>

Link zum Antrag der CDU/CSU: <https://dserver.bundestag.de/btd/20/053/2005353.pdf>

Stärkung der beruflichen Bildung – Strukturierte Berufsorientierung ermöglichen und gleichwertige Qualifikationen konsequent sicherstellen

In abschließender Beratung hat der Bundestag sich mit dem von uns vorgelegten Antrag zur Stärkung der beruflichen Bildung befasst. Darin betonen wir die Bedeutung der beruflichen Ausbildung als einem Standbein des starken deutschen Mittelstandes. Um dem Fachkräftemangel zukünftig zu begegnen, muss die Attraktivität der beruflichen Bildung wie auch die optimale und effektive Zusammenführung von Ausbildungsplatzbewerbern und Ausbildungsbetrieben gestärkt werden. In diese Richtungen zielt der Antrag und setzt die Maßnahmen fort, die unter der CDU/CSU-geführten Bundesregierung bereits in der 18. und 19. Legislaturperiode begonnen worden.



Bildquelle: Canva.

Die wertvollen ökologischen Leistungen unserer Wälder anerkennen und ein entsprechendes Vergütungssystem für Waldbewirtschaftung schaffen

Der Bundestag hat am Donnerstag über einen Antrag der CDU/CSU-Fraktion zur Waldbewirtschaftung und Rolle des Waldes beim Klimaschutz abgestimmt. In meiner Rede im Plenum habe ich ein Vergütungssystem für die Waldbewirtschaftung gefordert, das die vielfältigen Ökosystemleistungen anerkennt. Es braucht ein Honorierungssystem, das die Co2-Senkenleistung des Waldes berücksichtigt, die Waldeigentümer bei ihrem klimaangepassten Waldumbau maßgeblich wirtschaftlich unterstützt, das unbürokratisch und marktgerecht ist - und das auf Extensivierungsmaßnahmen verzichten soll. Nicht der stillgelegte, sondern der nachhaltig genutzte Wald ist der bessere Wald, nicht nur im Hinblick auf Klimaschutz sondern auch auf Biodiversität!

Zur Unterstützung des Waldumbaus hat das Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft ein Förderprogramm „Klimaangepasstes Waldmanagement“ aufgelegt. Dafür werden bis 2026 Finanzmittel in Höhe von 900 Millionen Euro bereitgestellt. Gefördert werden je nach Größe der Waldfläche 11-12 zusätzliche Klimaschutz- und Biodiversitätsleistungen, und die Verpflichtung, diese Kriterien über zehn oder 20 Jahre einzuhalten. Dieses Programm berücksichtigt jedoch nicht die CO2-Senkenleistung des Waldes. Aber gerade das große CO2-Speicherpotenzial des Waldes ist doch der wesentliche Baustein für den Klimaschutz.

Allein durch die fotosynthetische Einbindung von CO2 in Biomasse können jährlich etwa 7 Prozent der nationalen Treibhausgasemissionen ausgeglichen werden. Von dieser Leistung profitieren Waldbesitzer allerdings bisher nicht. Darüber hinaus bleibt das Programm finanziell hinter den Notwendigkeiten zurück: Das Thünen-Institut hat den jährlichen Finanzbedarf auf 1,4 Mrd. Euro beziffert.

Links

Link zur Debatte: <https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2023/kw04-de-waldbewirtschaftung-930072>

Link zum Antrag der CDU/CSU: <https://dserver.bundestag.de/btd/20/025/2002554.pdf>

Impressionen von der Internationalen Grünen Woche (IGW)

Gespräche über die Produktion, Verarbeitung und Vermarktung von Lebensmitteln bestimmten meine Besuche auf der Grünen Woche. Die weltweit größte Messe für Ernährung, Landwirtschaft und Gartenbau hat für mich eine große Bedeutung, da Minister für Landwirtschaft und ländliche Räume aus Europa und der ganzen Welt hierher kommen. Mit einigen von ihnen konnte ich mich austauschen. Diese Zusammenarbeit mit uns Parlamentariern ist vor dem Hintergrund des Krieges in der Ukraine, sowie den daraus resultierenden Versorgungskrisen, aber auch dem Klimawandel und Schutz der Biodiversität besonders wichtig und bedeutungsvoll.

Ein wichtiger Programmpunkt war der Messerundgang mit Baden-Württembergs Landwirtschaftsminister Peter Hauk und Friedrich Merz sowie das Forum Moderne Landwirtschaft und der Erlebnisbauernhof, die an ihren Ständen und durch ihre Ausstellungsobjekte den aktuellen gesellschaftlichen Fragen wie Klimaschutz, Artenvielfalt, Tierwohl, Kreislaufwirtschaft, Ressourcenschonung, Klimaresilienz und nachhaltige Landnutzung Rechnung trugen. Wichtig war mir außerdem, das Gespräch mit der Landjugend, dem Landfrauenverband, dem Waldbesitzerverband (AGDW) und dem Bundesverband Praktizierender Tierärzte zu suchen.



Bildquelle: Hermann Färber

Terminvorschau

- 20. - 29. Januar: Internationale Grüne Woche (IGW) in Berlin
- 30. Januar: Ökumenischer Strategietag zur Entwicklungszusammenarbeit in Stuttgart
- 31. Januar: Neujahrsempfang Polizeipräsidenten in Göppingen
- 02. Februar: Claas-Forum in Harsewinkel
- 04. Februar: Sitzung des Landesfachausschusses Ländlicher Raum und Prunksitzung in Wiesensteig
- 06. Februar: Bundestagsbesuch der Messelberg-Schule Donzdorf und Öffentliche Anhörung im Agrarausschuss zur nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln
- 11. Februar: Prunksitzung Festabend Salacher Fasnet e.V.
- 12. Februar: Schwäbische Fasnet des SWR in Donzdorf
- 13. Februar: Kreisvorstandssitzung der CDU Göppingen

Links

Zu meiner Homepage gelangen Sie hier: www.hermann-faerber.de

Pressemitteilungen

Die aktuellen Pressemitteilungen finden Sie ebenfalls auf meiner Homepage.

Kontakt

Wahlkreisbüro
Heidenheimer Straße 68, 73079 Süßen
Telefon: 07162 3057057

Berliner Büro
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Telefon: 030 22 77 36 58

Email: hermann.faerber@bundestag.de